

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 6/40. Jahrgang

Juni 2009

Schutzgebühr: 0.30 E

Gießen: die undemokratischste Stadt der BRD?

Jetzt ist das Unerhörte geschehen. Sage und schreibe 73.50 Euro (50 Euro Bußgeld + Kostenpauschale...) mußte ein Mitglied von Attac bezahlen, weil es am 21.3.09 in Gießen eine Zeitung verteilte, „ohne eine Erlaubnis zur Sondernutzung zu besitzen“.

Gestützt auf die „Gefahrenabwehrverordnung“, die im Dezember 2002 von der CDU/FDP/FWG-Koalition im Giesener Stadtparlament beschlossen wurde, hat das Ordnungsamt jeden Einspruch abgelehnt und das Bußgeld verhängt.

Dieser Vorgang ist bundesweit einmalig. Bei der Zeitung handelte es sich um ein von Attac hergestelltes Plagiat der „ZEIT“, das gleichzeitig in vielen Städten der BRD verteilt wurde und fiktiv eine bessere Welt in der Zukunft beschrieb. Nirgendwo – ausser in Gießen – ist deswegen die Polizei eingeschritten.

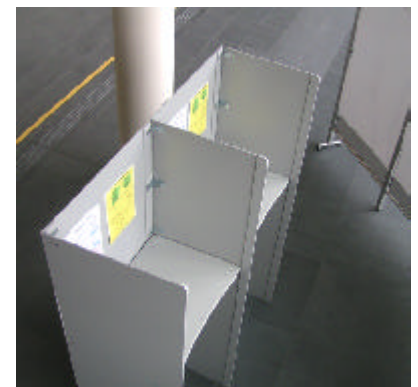
Gegen diese Verordnung hatte es

damals massiven Protest demokratischer Kräfte gegeben; mit Polizeigewalt wurden Demonstranten vom Besuch der Stadtverordnetenversammlung abgehalten.

Nicht nur das unerlaubte Flugblattverteilen ist darin verboten, sondern auch „der Verzehr von alkoholischen Getränken in der Öffentlichkeit“ sowie das Durchsuchen von Straßenpapierkörben u.a.m.

Die Linksfraktion hat jetzt beantragt, den Passus über das Verteilen von Flugblättern zu streichen.

Die Begründung ist einfach: „Artikel 5 (1) des Grundgesetzes: ‚Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten...‘. Artikel 11 Verfassung des Landes Hessen: ‚Jedermann hat das Recht, seine Meinung frei und öffentlich zu äußern. ...Preszensur ist unstatthaft.“



Das "gläserne Rathaus" treibt weitere Blüten. Hier ein Blick in die Wahlkabine zur Briefwahl beim Stadtbüro, von der Treppe leicht einzusehen. Geheime Wahl?

Am 7. Juni 2009

DKP

wählen ist wie eine Demo

Liste 14

Inhalt:

| | |
|----------------------------------|-----|
| Randale am 1. Mai/Opel gerettet? | S.2 |
| Kita-Streik/Stadtparlament | S.3 |
| Energiesparlampen für die Katz | S.4 |
| Obama: Keine neue Kuba-Politik | S.4 |
| Krise/Steueroase Hessen | S.5 |
| Buch: H. Mies/SPD-Verrat | S.6 |
| Leserbriefe | S.7 |
| Termine/Kapital ins Stammbuch | S.8 |

Für Frieden und Sozialismus! 

Randale am 1. Mai

Die Berichte über Krawalle während oder nach den Demos zum 1. Mai sind noch gut im Gedächtnis; dabei ist in aller Regel von „Ausschreitungen“ von und gegen Linke die Rede. Ein außergewöhnlich brutaler Überfall von Neonazis auf die Mai-Demonstration des DGB in Dortmund dagegen wurde - wenn überhaupt - nur am Rande erwähnt. Hier hatten am 1. Mai gegen Mittag etwa 300 Neonazis die DGB-Demonstranten gewalttätig angegriffen; es gab Verletzte; 280 Neonazis wurden im Laufe des Tages in Gewahrsam genommen. Seit Jahren ist Dortmund als Schwerpunkt der Neonazi-Szene bekannt. Vor vier Jahren, am 28.3.05, wurde dort der Punker Thomas Schulz von einem Neonazi erstochen (Reaktion der Nazis: „Die Machtfrage wurde von uns gestellt und befriedigend beantwortet.“). Es ist nicht glaubhaft, daß der Polizist im Vorfeld nichts von den Plänen dieses geballten Nazi-Mobs zu Ohren gekommen ist. Immerhin wird etwa jeder siebte NPD-Funktionär vom Verfassungsschutz bezahlt. Dies war vor einigen Jahren der Grund, weswegen das Bundes-

verfassungsgericht ein Verbot der NPD abgelehnt und ein Rückzug der V-Leute nahegelegt hatte. Aber davon wollen Merkel, Koch und Konsorten nichts wissen. Denn die Neonazi-Szene erfüllt vielfältige Funktionen im Dienste der Herrschenden: sie können sich gegen rechts abgrenzen und als Demokraten darstellen, sie können Gesetze gegen die Braunen erlassen, die dann gegen Linke angewandt werden (wobei sie die unsägliche Gleichsetzung von „links“ und „rechts“ betreiben), soziale Proteste werden kanalisiert und sie halten sich bewußt die Option einer faschistischen Gesellschaft offen. *)

In Dortmund wurde eine für den Abend des 1. Mai geplante Demonstration, die sich gegen den Gewaltexzeß der Nazis richtete, verboten.

Und in Berlin wurde am 1. Mai ein steinewerfender Demonstrant als Polizist in Zivil enttarnt (wie auch mehrfach in Heiligendamm). Er ist als Polizeibeamter beim Frankfurter Flughafen beschäftigt. Ein Mitarbeiter seiner Dienststelle erklärte laut Süddeutscher Zeitung, man glaube nicht, daß er als sog. Agent provocateur einge-

Den Jüngeren ist das „Celler Loch“ vermutlich kein Begriff. 1978 verübte hier der Verfassungsschutz einen Bombenanschlag auf die dortige Haftanstalt, den sie der RAF in die Schuhe schoben. Acht Jahre später wurde die Schweinerei aufgedeckt. Jetzt hat der „Spiegel“ bei Einsicht in die Akten des Innenministeriums von Baden-Württemberg noch ganz andere „Ziele“ für fingierte Anschläge entdeckt, die vom LKA und BKA anvisiert worden waren: z.B. die Trinkwasserversorgung Westberlins und die Hamburger Elektrizitätswerke. Außerdem war das Fälschen von Flugblättern und das systematische Belügen von Medien geplant... Jaaa, aber doch nur geplant! Oder?

setzt gewesen sei, um Autonome zu Straftaten aufzustacheln. Für solche Aufgaben gebe es andere Dienste in der Bundesrepublik... Erika Beltz

*) „Nach dem Scheitern des Kommunismus und der anscheinend wachsenden Funktionsschwäche der traditionellen Demokratien bleibt der Faschismus eine der Möglichkeiten der Politik... er wird nicht antisemitisch sein und nicht von der Überlegenheit einer Rasse schwärmen, sondern umgekehrt, die Talente verschiedener Zivilisationen nutzen.“ So schrieb schon 1996 das „Capital“.

Opel gerettet?

So richtig als Rettung bezeichnet niemand den jetzt ausgehandelten Opel-Deal, der 1,5 Milliarden Euro kostet – bei dennoch gleichzeitig angekündigtem Arbeitsplatzabbau und Lohnverzicht. Jetzt sprudeln die Milliarden (die früher für soziale Zwecke „nicht vorhanden“ waren), erst für die Banken, jetzt Opel und Karstadt/Kaufhof steht auch schon an – und VW-Porsche? und Schaeffer? Bis zur Bundestagswahl werden noch einige „Arbeitsplätze zu retten“ sein. Dabei war es doch genau dieselbe Koalition aus Kapital und Kabinett, die in den zurückliegenden Jahren zielgerichtet Arbeitsplätze vernichtet haben: durch Rationalisierung auf Kosten der Beschäftigten, durch Verlängerung der Arbeitszeiten, durch Hartz IV... Bei Opel Rüsselsheim sind in den vergangenen Jahren bereits zigtausend Arbeitsplätze (von einst mehr als 30.000) abgebaut worden. Auch die jetzigen Milliarden können nicht dauerhaft Arbeitsplätze sichern. Was bleibt, ist eine unvorstellbare Staatsverschuldung, die irgendwann getilgt werden muß; man braucht nicht dreimal raten, von wem.

Arbeitslosigkeit gehört zum Kapitalismus wie das Amen in die Kirche. Solange nur um des Profits willen produziert wird und nicht an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, wird es – zwangsläufig – zu Überproduktion kommen. Eine Steigerung der Einkommen, wie sie oft (nicht nur wegen der Krise!) gefordert wird, ist zwar notwendig und würde auch die Kaufkraft und damit die Nachfrage stärken. Aber sie würde an den kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten nichts ändern. Solche Krisen sind nur vermeidbar, wenn die gesamte Produktion nach Bedarf und Wünschen der Menschen geplant wird. Das beinhaltet einerseits Festlegungen über den Umfang der Produktion und über die Arbeitsbedingungen (z.B. 25- bzw. 30-Stunden-Woche...). Es beinhaltet andererseits die Verwendung der erwirtschafteten Gewinne im Interesse aller und nicht zur Anhäufung des Reichtums einiger weniger. Mit anderen Worten: Sozialismus.



Solidarität mit dem Kita-Streik

Die DKP Gießen ist solidarisch mit den streikenden Erzieherinnen und Erziehern in den kommunalen Kitas für bessere Arbeitsbedingungen, Gesundheitsschutz und mehr Gehalt.

Wir sind empört über die Haltung der verantwortlichen Politiker jener Parteien, die diese berechnete Forderung seit Wochen ignorieren. Ihr Gerede vom „Kindeswohl“ und der von der Notwendigkeit der Förderung vorschulischer Einrichtungen ist ungläubig. Die Betreuung und Erziehung kleiner Kinder erfordert tarifliche Arbeitszeiten und –bedingungen, die den gestiegenen körperlichen und psychischen Belastung Rechnung trägt. Das liegt auch im Interesse der Kinder und der Eltern. Wir wünschen den streikenden Kolleginnen und Kollegen das notwendige Durchhaltevermögen und viel Kraft.

Mit solidarischen Grüßen.

Kreisvorstand der DKP Gießen, gez. Erika Beltz

Stadtwerke rekommunalisieren!

Mit einer saftigen Preiserhöhung startet das Gießener Freibad an der Ringallee in die Saison. Gerade für den Personenkreis, der eine Ermäßigung beanspruchen kann, wird es besonders teuer.

Die Saisonkarte für Kinder und Berechnete für ermäßigten Eintritt (Schüler, Studenten etc.) kostet jetzt 44,80 Euro statt bisher 30,80 Euro. Das sind 14 Euro bzw. 45% mehr. Die anderen Eintrittspreise erhöhen sich um durchschnittlich 10%.

Auch diese Preisgestaltung können die Stadtwerke – seit der Privatisierung – nach Gutdünken hinter verschlossenen Türen ausmachen.

Früher war dazu ein Beschluß des Stadtparlaments nötig, und die Stadtverordneten mußten sich entsprechende Fragen und Kritik gefallen lassen. Gibt es ein Umdenken?

Der Präsident des Deutschen Städtetages ~~Christian Uß~~ sagte jüngst: **Der Ruf ‚Privat vor Staat‘ ist überholt. Man hat entdeckt, wie schwierig es ist, jeden Einfluß auf Stadtwerke oder das Krankenhauswesen zu verlieren.“**



Infostand der DKP am 9. Mai am Kreuzplatz mit der Mannschaft (v.l.): Gunter, Gernot, Henning, Erika, Michael, Andreas

Die Abstimmungs-Rituale im Stadtparlament

Erwartungsgemäß wurden alle Anträge der Linksfraktion im Stadtparlament abgelehnt: die Informationsmöglichkeiten beim Stadttheater bleiben eingeschränkt, Hunde bekommen keine freie Auslaufläche zugewiesen und die Bemessungsgrenze für den Gießen-Paß wird auch nicht wieder auf das früher gültige höhere Niveau angehoben. Immerhin: bei letzterem hat auch die SPD für den Antrag der Linken gestimmt. Besonders hervorgetan hat sich Stadtverordneter Zippel (Freie Wähler); er stellte sein persönliches Demokratieverständnis unter Beweis, indem er forderte, auf die Behandlung von „überflüssigen“ bzw. „unsinnigen“ Anträgen zu verzichten.

Nun wird in Gießen wie im gesamten BRD-Parlamentarismus seit Jahrzehnten von allen Parteien konsequent an einem Ritual festgehalten: die Anträge der Koalition werden angenommen und die der Opposition - egal welcher Fraktion - werden abgelehnt (von einzelnen Ausnahmen abgesehen). Das führte dann schon zu der Kuriosität, daß die Koalition ein Projekt – z.B. eine zusätzliche Lahnbrücke – ablehnte, die sie wenige Jahre vorher als Opposition selbst gefordert hatte.

Sollte man unter diesem Blickwinkel vielleicht Zippels Anregung aufgreifen und die Zahl der oppositionellen Anträge generell beschränken – und zwar radikal? Damit könnte viel Zeit und Papier gespart werden; und es entspräche der Funktion des Stadtparlaments als scheinemo-

kratische Mangelverwaltungsstelle im Dienste der Herrschenden.

Für die antragsarmen Freien Wähler würde sich nicht viel ändern.



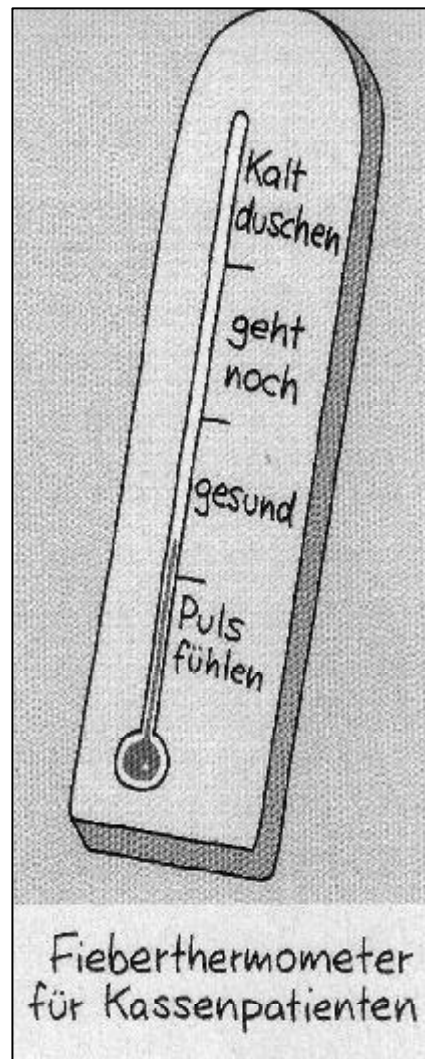
Fragen des Parlamentarismus, von Regierungsbeteiligung/Tolerierung und die Notwendigkeit des außerparlamentarischen Kampfes – das waren die Themen einer Podiumsdiskussion auf dem Pfingstcamp der SDAJ in Flörsbachtal/Hessen. Auf dem Bild von links: Willy van Ooyen, Fraktionsvorsitzender der Linkspartei im Hessischen Landtag, Olaf Mathes, SDAJ, und Michael Beltz, Vorsitzender der DKP Hessen und Stadtverordneter der Linksfraktion in Gießen.

Energiesparlampen – für die Katz

Mit ihren Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzprotokolls von Kyoto sind die Europäische Union und ihre Mitgliedsländer noch nicht weit gekommen. Konzerne lassen sich nicht zu Energieeinsparungen zwingen, wenn die was kosten. Deutliche Verringerung des Spritverbrauchs von Kraftfahrzeugen werden von der Industrie verhindert oder unterlaufen, energiesparende Wärmedämmungen von Gebäuden setzen sich nur schleppend durch, die öffentliche Hand geht bei ihren Immobilien mit schlechtem Beispiel voran. Um so zu tun, als ob etwas geschähe, griff die EU zu einer Maßnahme, die Regierung und Industrie nichts kostet, ja, einigen Konzernen sogar zusätzlichen Umsatz beschert: Herkömmliche Glühbirnen werden verboten, sie sollen vollständig durch sogenannte Energiesparlampen ersetzt werden. Allerdings hat eine Prüfung dieser Lampen durch die Zeitschrift Öko-Test ergeben, daß viele dieser Lampen auch nicht das Gelbe vom Ei sind. Die Lebensdauer erreicht fast nie die versprochenen 6000 Stunden, einige halten sogar kürzer als Glühbirnen. Der Stromverbrauch ist bei vielen bei weitem nicht

so niedrig wie behauptet, die Lichtausbeute ist dagegen oft geringer als angegeben. Bei einem Modell war der Stromverbrauch sogar höher als bei einer gleichhellen Glühbirne. Die meisten Lampen erreichen die volle Lichtstärke erst mehrere Minuten nach dem Einschalten und sind daher für kurzzeitigen Gebrauch, zum Beispiel als Treppenhausbeleuchtung, völlig ungeeignet. Alle Leuchtstofflampen verbrauchen viel Energie und Rohstoffe bei der Herstellung, und wenn sie nicht mehr brennen, sind sie Sondermüll, weil sie giftiges Quecksilber enthalten. Eine Rücknahmepflicht des Handels gibt es nicht, jeder Nutzer muß selber sehen, wie er die Dinge wieder los wird – die meisten landen deswegen trotz des Giftes im Hausmüll.

In fast allen Haushalten werden für die Beleuchtung nur wenige Prozente des gesamten Stromverbrauchs aufgewendet. Über 90% gehen für Kühlgeräte, Unterhaltungselektronik und Computer drauf. Das Verbot durch die EU ist für die meisten Nutzer nur ärgerlich und eine unverschämte Bevormundung, fürs Klima bringt es so gut wie nichts. Gernot Linhart



Obama - Imperialismus mit Charme! Keine neue Kuba-Politik der USA

Am 20. Januar 2009 wurde mit Barak Obama der 44. Präsident der Vereinigten Staaten vereidigt. Viel Vorschusslorbeeren wurden dem Kandidaten gegeben. Erschien er doch im Gegensatz zum erzreaktionären Georg Bush wie eine liberale Lichtgestalt. Alles sollte nun anders werden, eine neue Politik, ein neuer Stil. Obama als Galionsfigur eines „friedfertigen“ Imperialismus. Schon kurz nach seiner Amtseinführung wurde u. a. an seinen Personalentscheidungen deutlich, dass diese Erwartungen falsch waren. Robert Gates, Bushs Kriegsminister, bleibt dies auch unter Obama. Hillary Clinton wird Außenministerin. War doch ein Gegensatz zwischen Hillary Clinton als Vertreterin des alten Establishments der demokratischen Partei und Barak Obama als Vertreter des Aufbruch und eines neuen Politikstils konstruiert worden. Am Beispiel der US-Kuba-Politik lässt sich die politische Kontinuität ex-

emplarisch deutlich machen. Die vermeintlichen Änderungen der Kuba-Politik der US-Regierung entpuppen sich bei genauerem Hinsehen als Maßnahmen, die einem Ziel dienen: dem Umsturz des sozialistischen Systems auf Kuba. Die Reiseerleichterungen gelten zunächst nur für sog. Exilcubaner. Beschränkungen für US-Telekommunikationsfirmen wurden aufgehoben, was auf ein Unterlaufen des staatlichen Informationsmonopols zielt; und der Kontakt mit „kapitalistischen“ Verwandten soll die Cubaner von den Vorzügen des amerikanischen Kapitalismus überzeugen. Zwei zentrale Säulen einer Verschärfung der Embargopolitik, das Torricelli (1992) und das Helms Burton Gesetz, (1996) bleiben unangetastet. Das vom demokratischen Politiker Torricelli propagierte Gesetz verbietet u. a. Tochtergesellschaften von US-Firmen im Ausland jeglichen Handel mit Kuba. Außerdem dürfen Schif-

fe, die in Kuba angelegt haben, 180 Tage keinen US Hafen anlaufen. Vier Jahre später brachten die beiden Politiker ein weiteres Gesetz ein, das die Einfuhr und den Handel von kubanischen Waren verbietet.

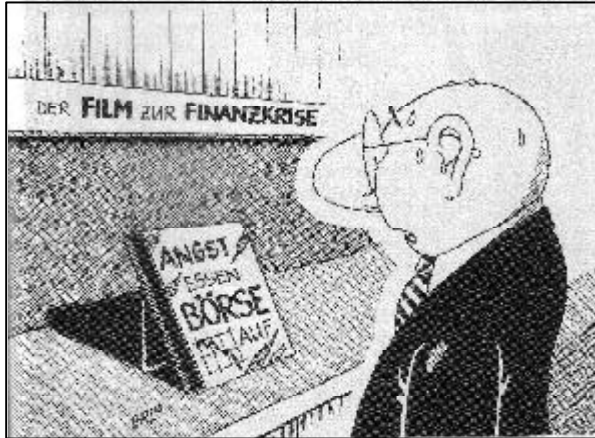
Eine Veränderung in diesem Bereich hätte für Cuba weitgehende Folgen und würde seinen wirtschaftlichen Spielraum deutlich erweitern. Aber gerade daran besteht von US-Seite kein Interesse. Wie im Kalten Krieg folgt einer Phase der direkten Konfrontation (Bush) eine, in welcher der „Wandel durch Annäherung“ (Obama) im Vordergrund steht. Wie schwach die Position der USA in dieser Frage ist, sieht man an den - seit 1992 jährlichen - Abstimmungsergebnissen über den Antrag Kubas auf Aufhebung der Blockade. 2007 stimmten nur noch die USA, Israel, die Marshall-Inseln und Palau gegen den kubanischen Antrag.

Henning Mächerle

Sie können die Krise nicht verstehen

Da sind dreißig hochkarätige Wirtschaftsfachleute bei der Kanzlerin zur Krisenbesprechung. Teilnehmer beschreiben die Stimmung „wie bei einem Beerdigungskaffee“. Laut „Spiegel“ wissen sie am Ende nicht mehr, was sie bekämpfen wollen. Inflation? Deflation? Die Krise überfordert sie alle. Der „Spiegel“ macht ein „aggressives, unbekanntes Virus“ aus. Die Klügsten schütteln noch den Kopf. So Wirtschaftsnobelpreisträger Solow auf die Frage, ob er wisse, was passiert ist: „Nein“, sagter, „ich glaube nicht, dass normales ökonomisches Denken bei der Erklärung dieser Krise helfen kann.“ So ratlos waren sie noch nie... Oder doch? Bei Bertolt Brecht kommen die Emigranten Kalle und Ziffel auf die Weltwirtschaftskrise von 1929 zu sprechen („Flüchtlingsgespräche“). „Wie es schien, war die ganze zivilisierte Welt von unheimlichen Krämpfen geschüttelt, warum wusste niemand. Die Männer in den Konjunkturforschungsinstituten, die doch über genaue Notierungen auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Erscheinungen verfügten, zeigten ihren Kopf nur dadurch, dass sie ihn schüttelten. Die Politiker gerieten in Bewegung wie die Hausbalken bei einem Erdbeben. Die wissenschaftlichen Veröffentlichungen der Ökonomen versiegten, dafür wurden unzählige astrologische Zeitschriften gegründet.“ Die Herrschenden können die Krise nicht verstehen, nicht weil es ihnen an Hirn-

substanz gebricht, sondern weil ihr Eigeninteresse es ihnen verbietet. Bekanntlich gibt es keinen Schwerhörigeren als den, der nicht hören will. Sie suchen nach der Fehlentwicklung im Kapitalismus, die zur Krise führte, und es liegt außerhalb



ihres Denkvermögens, dass der Weg in die Krise gesetzmäßig aus dem Funktionieren des Kapitalismus folgt. Überproduktionskrisen begleiten den Kapitalismus seit seinem Bestehen, die erste 1825. Der Nachkriegsboom war kein kapitalistischer Normalfall und auch kein endloser Aufschwung dank neuer überragender Wirtschaftsfähigkeiten. Der zweite Weltkrieg hatte eine gewaltige Unterproduktion geschaffen, und das fast weltweit. Wissenschaftlich-technische Kenntnisse harrten der Anwendung, Arbeiter mit hervorragenden Fähigkeiten waren billig zu haben. Diese Ausgangslage war für den Kapitalismus zunächst ein nicht zu überbietendes Glück, das an Wunder glauben ließ. Aber jeder Honigmond geht einmal zu Ende und,

weil der Kapitalismus eben Kapitalismus ist, dehnte er die Produktion grenzenlos aus, ohne dass die kaufkräftigen Portemonnaies nachgewachsen wären. Mitte der Siebziger des vorigen Jahrhunderts war der Nachkriegsboom beendet und die fehlende Kaufkraft konnte nur durch Verschuldung von Unternehmen, Konsumenten und Staaten eingeschossen werden. Doch ein Fest auf Pump währt nicht ewig. Die Krise wurde seit Jahrzehnten hinausgeschoben und ist nun längst chronisch. Das gilt für die Überproduktion, die Arbeitslosigkeit, die Finanzkrise. Gegen Vergreisung ist bekanntlich kein Kräutlein gewachsen. Also gibt es keinerlei Aufschwung des kapitalistischen Weltsystems mehr? Das „Echo“ weiß: Man sollte keine Vorhersagen zur nahen Zukunft machen, das ging selbst bei Marx und Engels oft daneben. Möglicherweise bringt die staatliche Geldschwemme ein Zwischenhoch, möglicherweise mit nachfolgender Inflation. Es kann auch sein, dass die Welt, siehe Japan immerhin seit 1990, in einer Dauerdepression versinkt. Mit Sicherheit wird das Kapital versuchen, die Lasten der Krise auf die Massen abzuwälzen. Und Brecht warnt: „Da sich Übermenschen, fähig, diese Wirtschaft zu überblicken wie sie war, nicht melden..., fanden in dieser Situation einige Männer Gehör, die ihre Entschlossenheit verkündeten, die Wirtschaft einfach überhaupt nicht in Betracht zu ziehen. Der Wieheißter doch gleich war plötzlich in aller Mund.“ Ja, wie hieß er doch gleich?

Klaus Mewes

Dank Koch und Weimar: Steueroase Hessen

Bundesfinanzminister Steinmeier hätte bei seiner Aufzählung von Steueroasen statt dem völlig unschuldigen Ouagadougou besser „Hessen“ genannt. Hier gelten zwar die Gesetze des Bundes, aber es gibt einen im Umgang mit Schwarzgeld erprobten Ministerpräsidenten Koch und einen Finanzminister Weimar, die ihre schützende Hand über wohlhabende Steuerhinterzieher halten. Am 9. Mai wurden ehemalige Steuerfahnder des einstigen Banken-Teams am Frankfurter Finanzamt mit dem „Whistle-Blower-Preis“ ausgezeichnet. Das ist ein Preis für Menschen, die gegen den Willen ihrer Vorgesetzten Skandale ans Licht der Öffentlichkeit bringen. Das Banken-Team entlarvte Groß-Steuerbetrüger und

war in den Frankfurter Bankentürmen gefürchtet. Etwa 1,25 Mrd. Euro Steuernachzahlungen hatte die Gruppe schon eingetrieben. 350 Ordner mit beschlagnahmten Bank-Akten waren noch zu bearbeiten, da griff ihr Vorgesetzter ein. Bei Transfers unter 300.000 Mark sollten sie nicht weiter ermitteln – damit waren alle Verfahren gestoppt. Kein Steuerhinterzieher ist so dumm, seine Millionen in so großen Teilbeträgen am Finanzamt vorbei zu schleußen. Die Beamten protestierten gegen diese Anweisung und wurden prompt bestraft. Versetzungen, Mobbing und Disziplinarverfahren waren die Folgen, einige wurden aufgrund fragwürdiger amtsärztlicher Gutachten zwangspensioniert. Das

Banken-Team wurde aufgelöst, die beschlagnahmten Akten kaum weiter bearbeitet. Finanzminister Weimar berichtete 2008 dem Landtag, nach Auflösung des Teams seien nur noch 208 Euro Steuernachzahlung pro Fall fällig gewesen. Wenn in Hessen jetzt noch große Steuerhinterzieher entlarvt werden (beim Lohnsteuer-Jahresausgleich geht's natürlich strenger zu), dann werden die Ermittlungen nicht von hessischen Fahndern vorgenommen, sondern von Beamten aus anderen Bundesländern. Der verdiente Preis ist eine kleine Entschädigung für die Beamten, die wegen guter Arbeit geschafft wurden.

Gernot Linhart

Die Erinnerungen des langjährigen DKP-Vorsitzenden Herbert Mies

Herbert Mies liefert uns ein Geschichtsbuch mit persönlichen Erfahrungen. Als Kind und Jugendlicher durchlitt er die Nazizeit.

Nach 1945 erlebte er, wie Polizei und ehemalig Nazi-Richter (keiner von ihnen wurde je bestraft) nun in den Staatsdienst übernommen wurden, und wiederum Kommunisten und andere Demokraten verfolgten und einsperrten.

Alleine die Unterschriftensammlung gegen Wiederaufrüstung schien den Herrschenden dermaßen gefährlich, dass für diese „Untat“ bis zu fünf Jahren Gefängnis verhängt wurden.

Erinnert wird an die Besetzung der Insel Helgoland durch FDJ und andere demokratische Jugendverbände, um diese Insel vor der Bombardierung der Engländer zu retten.

Herbert Mies lebte siebzehn Jahre in der Illegalität, kämpfte gegen das widerrechtliche KPD-Verbot, gegen Kriegsvorbereitungen und damit ein-

hergehend gegen Sozialabbau. Nachdem er über viele Jahre Funktionen in der verbotenen FDJ und in der KPD innehatte, wurde er 1973 Vorsitzender der DKP.

Er blieb dies bis zum Jahr 1989, bis



Auch auf dem Pfingstcamp der SDAJ fand Herbert Mies während seiner Lesung und Diskussion ein sehr interessiertes Publikum

zur vorläufigen Niederlage des Sozialismus in Europa. Auch in der DKP hatte es bereits einige Jahre vorher Anzeichen für diese Entwicklung ge-

geben mit dem Aufkommen der „Neuerer“ (Reformisten), die den Imperialismus plötzlich als „friedensfähig“ deklarieren. Herbert Mies gehörte damals zu den „Beton-Köpfen“, die mit dazu beigetragen haben, dass dieser

Revisionismus nicht die Politik der DKP bestimmen und die DKP bis heute ihre kommunistische Identität wahren konnte.

Es ist schade, dass gerade diese 20 Jahre der DKP-Geschichte mit Herbert Mies als Parteivorsitzenden nicht ausführlicher beschrieben sind. Dafür jedoch ist der Zeitraum davor, der den meisten nicht aus persönlichem Erleben bekannt sein dürfte, sehr anschaulich und faktenreich dargestellt. Interessant auch seine zahlreichen Begegnungen namhafter Politiker der BRD, DDR und UdSSR. Dem NRW-Ministerpräsidenten Kühn, der glaubte, ihn wegen seines Namens schmähen zu können, konterte er: „Lieber ein kühner Mies als ein mieser Kühn.“ Es sind die lesenswerten Erinnerungen eines Kommunisten mit einem Ziel vor Augen – bis heute. Herbert Mies schildert sein Leben – einschließlich Schwächen und Zweifel – offen, emotional und ehrlich. Dabei wird deutlich, dass der „demokratische“ und „soziale“ „Rechts“-Staat jedes Attribute zu Unrecht führt. Michael Beltz

Herbert Mies: Mit einem Ziel vor Augen. Verlag am Park in der Edition Ost, Berlin 2009, 352 Seiten, 19,90 €



Probexemplare bzw. 10 Wochen gratis-Abo (endet automatisch):
UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen, tel 0201-2486482, E-mail: UZAbo@t-online.de www.unsere-zeit.de

SPD - Wieder mal verraten...

Vor 3 Jahren schloß der Landkreis Gießen einen skandalösen Vertrag mit dem Müllkonzern Remondis (s. Gießener Echo 8/06). 15 Jahre lang holt dieser Konzern den Müll aus dem Landkreis ab und erhält dafür 10 Millionen Euro im Jahr. Dieser Preis ist inzwischen völlig überhöht. Wenn die Müllmenge sinkt, zahlt der Kreis nicht etwa weniger, sondern muß eine Strafgebühr drauflegen.

Der Kreistag wurde über den Vertrag erst sehr spät und nur unvollständig informiert. Das Koalitionsstimmvieh von CDU, FDP und FWG hob trotzdem brav die Hand. Die Opposition (SPD, Grüne und Linke) verließ bei der Abstimmung den Saal.

Jetzt, bei der Verabschiedung des damals für den Skandalvertrag zuständigen Beigeordneten Becker (FWG) kam es heraus: Die Abstimmung war nur möglich, weil der Kreistagsvorsitzende Neumann (SPD) im Saal geblieben war – ohne ihn wäre die Versammlung nicht mehr beschlußfähig gewesen.

Wie so oft bei SPD-Abgeordneten: Wenn's drauf ankommt, findet CDU und Kumpanei dort ihre zuverlässigsten Helfer.

Gernot Linhart



Leserbriefe

Der 8. Mai

Der 8. Mai 1945 wurde im Ausland begangen wie eine „Jungfrau im Frühlingskleid“ (frei zitiert nach einem sowjetischen Befreiungskommandeur, entnommen vom Befreiungskämpfer Peter Ginkgold). Aber in unserer Gegend wurde die Befreiung vom faschistischen Joch, wie eine „Witwe im Trauerkleid“ begangen (ebenda). Das Problem ist aktuell, Deutschland hat sich niemals selbst befreit. Warum mussten noch 30.000 Menschen bei der endlichen Befreiung Berlins ins Feuer geworfen werden? - Warum gaben deutsche Eltern bereitwillig kurz vor Kriegsende ihre Kinder sinnlos dahin. Bert Brecht sagt zu Recht: „Der Schoß ist fruchtbar noch aus dem er kroch!“ Diese barsche Feststellung gilt leider noch immer. Ich aber meine: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! .

Falk Moldenhauer

Ehrenamtliche

Sie schießen zur Zeit wie Pilze aus dem Boden. „Sie“, die von ihren Aktien- und Dividenden-Ausschüttungen satt sind, streuen nun dem Volk Sand in die Augen und engagieren sich in Vereinen und sozialen Einrichtungen. Unter ihrer Mitwirkung vergammelten Schulen, wurden Jugendzentren geschlossen, Löhne gedrückt, Stellen wie Betreuer, Lehrer, Pflegepersonal, Trainer, Erzieher heruntergefahren. Dadurch, daß „sie“ das ohne Bezahlung machen, nehmen sie wiederum Menschen, die für diese Arbeiten ausgebildet sind, die Jobs weg. Die Scheinheiligkeit nimmt kein Ende.

K.-D. B.

Weil Du arm bist...

Es bleibt dabei, nur immer zugespitzter und in grausamer Form: Wer alt, krank und arm ist, muss aufgrund mangelnder medizinischer Versorgung früher sterben. Damit erledigt sich zunächst zynischerweise das Rentenproblem. Haben die verantwortlichen Ärzte und deren Institutionen jemals was vom hippokratischen Eid gehört bzw. nehmen sie ihn ernst, den sie eigentlich geleistet haben müssten? - Werden sie nur noch zum Anhängsel der Pharmaindustrie, die sich wiederum scheinbar in Interessenskonflikte mit den gestezlichen Krankenkassen. begeben können? - Wer glaubts - wird selig

Uwe Moldenhauer

Rentengarantie?!

Die Bundesregierung hat den etwa 20 Millionen Rentnern eine Erhöhung ihrer Renten um ca. 2,3 % „garantiert“, die jedoch weitestgehend von der Inflationsrate kompensiert wird. Von daher ist diese „Rentengarantie“ nichts weiter als Wahlkampfgetöse, das, einem medienwirksamen Paukenschlag gleich, die Rentner nur täuschen soll. Und man ist kein Schelm, wenn man sich dabei denkt, dass eine Garantie konkludent auch ein Verzicht auf weitere Rentenerhöhungen beinhalten kann! Denn die „Rentengarantie“ bezieht sich nur auf die besagten 2,3 % und nicht auf weitere Erhöhungen! Wenn man jedoch im letzten Viertel seines Daseins, für das man viele Jahre Rentenbeiträge eingezahlt bzw. Familienarbeit geleistet hat, ein menschenwürdiges Leben führen möchte, können diese 2,3% nicht ausreichen. Und ganz nebenbei, wie war das mit der Menschenwürde nach Artikel 1 des Grundgesetzes? Ach so, die ist ja nicht garantiert!

Gaby Küppers

Gedanken zum Muttertag

Der Muttertag an jedem zweiten Sonntag im Mai hat seinen Ursprung in der englischen und US-amerikanischen Frauenbewegung. 1870 wurde von Julia Ward Howe eine Mütter-Friedensinitiative unter dem Schlagwort "peace and motherhood" gestartet. Sie hatte das Ziel, dass die Söhne nicht mehr in Kriegen geopfert werden sollten. Später (1914) wurde der Muttertag in den USA öffentlich und international. In Deutschland wurde der Muttertag 1923/1926 von den Inhabern der Blumengeschäfte kommerzialisiert und öffentlich. Die Faschisten kehrten den Grundgedanken des Muttertages ins Gegenteil um, indem sie die Frauen als Gebärmaschinen des Kanonenfutters für Krieg und Imperialismus propagierten und honorierten. Ist dies in modifiziert Form und (noch?) anderen Herrschaftsverhältnissen angesichts verfassungswidriger Einsätze der Bundeswehr u. a. in Jugoslawien und Afghanistan wieder möglich?

Uwe Bossart



Redaktionsschluß für das
Juli-Echo: 25.06.09

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 15 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Eigendruck. Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: <http://www.dkp-giessen.de> <http://www.dkp-hessen.de> Bitte ausschneiden und einsenden:

Ich möchte:

Informationen zum Thema:

- Ich möchte Mitglieder der DKP kennenlernen
 das Gießener Echo drei Monate kostenlos zur Probe beziehen
 das Gießener Echo abonnieren und damit zu allen Veranstaltungen eingeladen werden

Name:

.....

Adresse:

.....

50 Jahre Revolution in Kuba



Solidaritätsveranstaltung der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba

Mit Unterstützung von u.a. Cuba Si, DKP, Gipanica - Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Gießen-San Juan del Sur/Nicaragua, Rote Hilfe, SDAJ, Solid, VVN - Bund der Antifaschisten

am Sonntag, dem 14. Juni, dem Geburtstag von Che Guevara, ab 17 Uhr, im Café Amelie, Gewerkschaftshaus - mit

Günter Pohl, Journalist und Lateinamerika-Kenner

außerdem: Cuba libre, kubanische Zigarren, Bücher, CDs, Rum, Info-Stände, Poster, Bücher, Fahnen... sowie

Live-Musik mit Sub Terra

Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr bei den 3 Schwätzern:

Protest gegen Hartz IV

Gießener Montags-Demo: www.gimode.wordpress.com

Grundeinkommen als Menschenrecht?

Informationswoche des verdi-Frauenrates und Café Amelie vom Mittwoch, 24. bis Samstag, 04. Juli 2009 im DGB-Haus.

Eröffnung der Attac Wanderausstellung

am Mittwoch, 24. Juni, 19.30 Uhr im DGB-Haus im Foyer:

Informationsabend über verschiedene Grundeinkommens-Modelle und die Vor- bzw. Nachteile gegenüber dem aktuellen System am Mittwoch, 24. Juni 20 Uhr im DGB-Haus im Dachsaal. Referent/In: Dorothea Waldschmidt & Jörg Lüdde. Im Anschluss Diskussion.

Vortrag von Dagmar Paternoga (Attac Bonn), Moderation: Dorothea Waldschmidt am Samstag, 27. Juni 19.30 Uhr im Café Amelie:

Liebe Leserinnen und Leser, diese Zeitung zu machen kostet Geld. **Wir bitten um Spenden**, auch damit wir das Echo weiterhin in hoher Auflage von 6000 verteilen können.

Gießener Echo

**Konto Nr. 193070,
BLZ 51350025,
Sparkasse Gießen**

Die Echo-Redaktion dankt herzlich.

Dem Kapitalismus ins Stammbuch geschrieben

In der ersten großen zyklischen Krise des Kapitalismus im Jahre 1825 war mit süd-amerikanischen Wertpapieren spekuliert worden, die auf Gold- und Silberminen lauteten, die oftmals gar nicht existierten. Schon damals brachte das Platzen der Spekulationsblase die Staaten und ihre Politiker zum Tanzen. Der romantische Dichter Achim von Arnim machte 1828 folgendes Gedicht:

In das Stammbuch eines jungen Kaufmanns

*Morgenstund hat Gold im Munde,
Denn da kommt die Börsenzeit
Und mit ihr die frohe Kunde,
Die des Kaufmanns Herz erfreut:
Was er abends spekuliert
Hat den Kurs heut reguliert,
Eilend ziehen die Kuriere
Mit dem kleinen Kursbericht,
Dass er diese Welt regiere
Von der ändern weiß ich's nicht;
Zitternd sehn ihn Potentaten
Und es bricht das Herz der Staaten.*

Fiete Krümel

FEST DER SOLIDARITÄT

19.-21. Juni 2009
Dortmund Revierpark Wischlingen



Eintritt frei; der Button zu 5 € dient zur Finanzierung des Festes. Mehr Infos (Mitfahrgelegenheit..) über das Echo.

Mit: Konstantin Wecker & Esther Bejanaro, Inti Illimani (Chile), Dietrich Kittner, Clearwater Chorus (USA), Klaus der Geiger, Kai Degenhardt, Brings, Alstom Chor, Bernd Köhler u.v.a.m.

AUGSBURG BERLIN BIELEFELD BOCHUM
BONN BRAUNSCHWEIG BREITENBURG
DUISBURG
HELDORF
HAMBURG HEIDELBERG
KÖLN
LEIPZIG
MANNHEIM
MÜNCHEN
MÜNSTER
NÜRNBERG
POTSDAM
REGENSBURG
STUTTGART
WÜRZBURG

BUNDESWEITER BILDUNGSSTREIK 2009

VOM 15. BIS 19. JUNI
AKTIONEN IM RAHMEN DES BILDUNGSSTREIKS 2009 UNTER ANDEREM IN FOLGENDEN STÄDTEN

AM 17. JUNI
TAGE 4 BILDUNGSSTREIKTAGE (BILDUNGSSTREIK) MIT DEN THEMEN: BILDUNG ALS MENSCHLICHES RECHT UND BILDUNG ALS WEG ZUR FREIHEIT

WWW.BILDUNGSSTREIK2009.DE